

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 31.08.2016	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat Amt: Amt für Soziales und Prävention	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung x ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	 Internetfähig Ja Nein x ☐	Vorlage-Nr. 2016/0374 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 122062 Kostenstelle: 050-002-1010 Kostenträger: 1220-62		
Investitionsnummer: ./. Sachkonto: 6701000		

Betreff: Obdachlosenunterbringung "Übergangwohnheim für Frauen und Kinder"

Vorlage vom: 31.08.2016

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung beschließen die Umsetzung eines Angebotes zur Unterbringung für obdachlose Frauen mit Kindern im Rahmen des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG).
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.
3. Die Mittel für die Unterbringung Obdachloser sind im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits etatisiert.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: x Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 31.8.2016

Aktuell leben 174 wohnungslose Menschen in Obdachloseneinrichtungen in Darmstadt, die von der Obdachlosenbehörde nach dem HSOG untergebracht sind. Die Einweisung durch die Obdachlosenbehörde umfasst neben der Unterbringung auch ein niedrigschwelliges sozialpädagogisches Beratungsangebot, um insbesondere im Rahmen der Prävention mit alltagsbezogenen Unterstützungsangeboten der aktuellen Wohnungslosigkeit entgegenzuwirken, sowie die Befähigung zur Selbsthilfe aufzubauen beziehungsweise zu stabilisieren. Teilweise ist zur Verhinderung von Obdachlosigkeit eine Hotelunterbringung erforderlich. Um dies bei steigenden Zahlen zukünftig soweit als möglich vermeiden und gleichzeitig die notwendige Betreuung anbieten zu können, ist eine Erweiterung des Angebotes erforderlich.

Insbesondere die Situation von Frauen in der Obdachlosigkeit erfordert aufgrund bestehender Abhängigkeitsverhältnisse, des erhöhten Armutsrisikos und multipler Problemlagen spezifische Unterstützungsmechanismen, um zielführend aus der Wohnungslosigkeit herauszufinden. Diese Erfahrungen sind das Ergebnis des bereits seit vielen Jahren bestehenden speziellen Angebotes für wohnungslose Frauen im Frauenübergangshaus in der Otto-Röhm-Straße. Dieses Angebot wurde zwischenzeitlich um 10 vollstationäre Plätze im Rahmen der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kostenträger Landeswohlfahrtsverband Hessen) erweitert, um dem damit einhergehenden zusätzlichen Bedarf Rechnung zu tragen und die intensivere Betreuung zu ermöglichen.

Über das HSOG werden vermehrt Frauen mit Kindern untergebracht. In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl von Müttern mit Kindern von durchschnittlich 15 Müttern im Jahr 2014 auf 22 im Jahr 2015 und auf 13 im ersten Halbjahr 2016 erhöht. Die Unterbringung von wohnungslosen Frauen mit Kindern oder Hochschwangeren braucht spezielle Voraussetzungen, um gerade dort präventiv anzusetzen, wo die ersten unterstützenden Strukturen benötigt werden. Damit können nicht zuletzt weitergehende kostenintensivere Maßnahmen verhindert oder minimiert werden.

Eine koordinierte Unterstützung von wohnungslosen Frauen mit Kindern in einem dafür geeigneten geschützten Rahmen ermöglicht effiziente Zugänge zu den bestehenden Hilfesystemen auf den verschiedenen Ebenen und hilft den betroffenen Frauen in akuten Notsituationen gezielt und bedarfsorientiert.

Die Notwendigkeit einer Einrichtung für wohnungslose Frauen mit Kindern ist aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre deutlich geworden und wird im Rahmen von 10 Plätzen empfohlen. Die Finanzierung erfolgt durch die im Haushalt etatisierten Unterbringungskosten für Obdachlose.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Obdachlosenbehörde wird unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben ein geeignetes Angebot umsetzen, um im Rahmen des sozialpolitischen präventiven Auftrages der Wohnungsnot gerade für den genannten Personenkreis entgegenzuwirken.

Darmstadt, 31.08.2016

Dezernat IV

Dezernat V

Andre´ Schellenberg
Stadtrat

Barbara Akdeniz
Stadträtin